

V-56 Für ein neues Verständnis von Wehrhaftigkeit

Antragsteller*in: Sara Nanni (KV Düsseldorf)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Die Sicherheitslage in Europa ist sehr ernst. Seit Beginn der russischen Vollinvasion auf die Ukraine 2022 spüren auch wir in Deutschland, dass viele Gewissheiten der letzten Jahrzehnte brüchig geworden sind. Vieles deutet darauf hin, dass wir auch hier in Deutschland in einer Vorkriegszeit leben. Russland sabotiert, spioniert und attackiert uns schon heute mit Cyberangriffen und Desinformationskampagnen. Manche wollen diese Tatsachen verdrängen, anderen machen sie schlicht Angst. Beides ist menschlich, doch weder Angst noch Verdrängung sind gute Berater. Entscheidend ist, wie wir mit dieser Lage hybrider Angriffe auf unseren Frieden und unsere Freiheit umgehen – politisch, gesellschaftlich und persönlich.

Mit Mut und Tatkraft

Wir als Bündnis 90/Die Grünen begegnen dieser Zeit mit Mut, Verantwortung und Tatkraft. Wir glauben daran, dass wir damit nicht alleine sind. Die Menschen in diesem Land wollen sich schützen und verteidigen können um zu erhalten, was uns allen lieb und teuer ist: unsere Familien, unsere Freund:innen, unsere Demokratie und unser Leben in Freiheit.

Wie dringend eine Vorbereitung nötig ist, zeigen die deutlichen Warnungen der Dienste. Nur zögerlich ändert sich die Informationspolitik der Bundesregierung bezüglich der konkreten Lage. Für uns gehört eine gut informierte Öffentlichkeit zur Wehrhaftigkeit dazu. Doch viele Menschen nehmen eben auch eine Kluft wahr: zwischen den dramatischen Beschreibungen der Realität durch die Dienste und die Medien und der politischen Zögerlichkeit, die sie in der Politik feststellen. Das führt dazu, dass sich manche innerlich abwenden, weil sie nicht wissen, wie sie mit der neuen Lage ganz persönlich umgehen sollen. Wir wollen diesen Beginn einer kollektiven Ohnmacht stoppen.

Deshalb schlagen wir vor, das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürger:innen im Kontext der sich vertiefenden sicherheitspolitischen Krisen neu zu denken.

Frieden in Freiheit vorbereitet verteidigen

Es braucht ein neues Verständnis von Wehrhaftigkeit - eines, das auf Bereitschaft, Überzeugung und Verantwortungsbewusstsein gründet. Gesamtstaatliches Krisenmanagement und die Verteidigung unserer Freiheit sind alles andere als reine Militärprojekte. Sie sind die Aufgabe der ganzen Gesellschaft - für- und miteinander, zivil und militärisch.

Statt wie die schwarz-rote Koalition nur über die Wehrpflicht zu streiten, sollten wir den vielen, die, wenn es drauf ankommt schon heute Verantwortung übernehmen wollen, endlich systematisch die Hand reichen.

38 Um gemeinsam gewappnet zu sein fordern wir ein Recht auf angemessene
39 Vorbereitungsangebote in allen Bereichen des gesamtstaatlichen Krisenmanagements
40 für alle deutschen Staatsbürger:innen und Menschen mit dauerhaftem Aufenthalt in
41 Deutschland, das durch den Bund, die Länder und die Kommunen umzusetzen ist.

42 Wir wollen, dass in einer akuten Krise - sei es durch einen militärischen
43 Angriff, eine Sabotageaktion oder eine Naturkatastrophe - alle Menschen in
44 Deutschland wissen, was sie selbst tun können, um sich und Andere zu schützen
45 oder zumindest die Folgen für Alle abzumildern. Wir wollen, dass alle Menschen
46 in Deutschland sich vor einer möglichen Krise selbst weiterbilden können, um im
47 Falle einer Krise noch handlungsfähiger zu sein. Wir wollen, dass Organisationen,
48 die in der Krise, im Verteidigungsfall oder bei anderen Gefahren hauptamtlich
49 zuständig sind, leichter in Kontakt treten können mit denjenigen, die
50 ehrenamtlich in genau diesen Lagen helfen wollen und nützliche Fähigkeiten
51 mitbringen. Das umfasst alle Bereiche des gesamtstaatlichen Krisenmanagements,
52 von der Bündnisverteidigung bis zum Katastrophenschutz. Wer sich zivil oder
53 militärisch einbringen will und geeignet ist, soll nicht mehr vor verschlossenen
54 Türen stehen. Wir wollen unseren Frieden in Freiheit vorbereitet verteidigen.

55 Bundesweite Koordinierungsstelle für gesamtstaatliche Krisenmanagement

56 Deshalb fordern wir die Einrichtung einer bundesweiten Koordinierungsstelle für
57 gesamtstaatliche Krisenmanagement, angesiedelt beim Kanzleramt. Sie soll dafür
58 sorgen, dass das Krisenmanagement der verschiedenen Ebenen konzeptionell
59 zusammen gedacht wird - vom zivilen Engagement vor Ort bis zum militärischen
60 Dienst.

61 Ein Element sollte die Einrichtung einer Onlineplattform sein, die unter dem
62 Motto "Gemeinsam – vorbereitet - Krisen meistern und Frieden verteidigen" in den
63 direkten Austausch mit der Bevölkerung geht und im Kern drei Dinge ermöglicht:

64 Erstens soll die Onlineplattform allen Bürger:innen erlauben, sich über lokale
65 und bundesweite Angebote für Fort- und Weiterbildungen im Bereich des
66 gesamtstaatlichen Krisenmanagements zu informieren.

67 Zweitens können dort alle Bürger:innen dort ihre bisherigen Fähigkeiten, die im
68 Rahmen von Krisen nützlich sein können, angeben. Das umfasst militärische
69 Vorkenntnisse genauso wie zivile Fähigkeiten.

70 Drittens soll es der Bundeswehr und den für Zivil- und Katastrophenschutz
71 zuständigen Organisationen der verschiedenen Ebenen ermöglicht werden, auf die
72 Fähigkeiten der Bürger:innen zuzugreifen und sie für Reserveübungen und
73 Fortbilden anzuwerben. Der Aufbau der Reserve kann so zielgerichtet mit
74 denjenigen erfolgen, die bereits Kompetenzen mitbringen und sie auch einbringen
75 wollen.

76 Pragmatische Antwortet statt ideologische Debatten

77 Wir sind überzeugt: der Ansatz der Bundesregierung, jetzt mit dem neuen
78 Wehrdienst langsam die militärische Reserve aufzubauen, ist keine ausreichende
79 Antwort, weil sie nur junge Menschen in den Blick nimmt und sich auf den
80 militärischen Teil des gesamtstaatlichen Krisenmanagements beschränkt. Darüber
81 hinaus fehlt es der Bundesregierung an einer Personalstrategie für
82 Gesamtverteidigung, die einen Personalaufwuchs bei der Bundeswehr (Soldat:innen
83 auf Zeit und Reservist:innen) und den Zivilschutzorganisationen (Hauptamtliche

84 und Ehrenamtliche) - eben auch durch das Binden von Personal und durch
85 Quereinsteiger:innen - erreichen will. Es braucht aber sofort Menschen aus allen
86 Generationen, die das, was sie schon können, im Kontext der des
87 gesamtstaatlichen Krisenmanagements einbringen können, wenn es drauf ankommt.
88 Bisher gibt es keine Handhabe für den Staat, das Potenzial an Interessierten in
89 einen faktischen Personalaufwuchs umzusetzen, - weder im zivilen, noch im
90 militärischen Bereich geschweige wie beides zusammen gedacht wird. Es wird auch
91 seitens der Bundesregierung nicht aktiv daran gearbeitet, dass mehr Menschen
92 sich durch Aus- und Weiterbildung besser für den Ernstfall vorbereiten und in
93 der Krise Verantwortung übernehmen können, weil sie wissen, was zu tun ist.
94 Dabei wäre es so wichtig, dass mehr Menschen die Gelegenheit bekommen, sich
95 selbst besser vorzubereiten und dadurch sich selbst und Anderen im Krisenfall
96 helfen zu können.

97 Gemeinsam – vorbereitet - Krisen meistern und Frieden verteidigen

98 Viele Menschen in Deutschland tun zum Glück trotzdem bereits genau das: sie
99 lassen sich im Betrieb zum Evakuierungshelfer:innen fortbilden, absolvieren
100 einen Erste Hilfskurs, gehen auf Lehrgänge beim THW, bilden sich bei einer
101 Hilfsorganisation wie dem Roten Kreuz weiter oder nehmen sogar an Reserveübungen
102 der Bundeswehr teil. Je ausführlicher die Aus- oder Weiterbildung, desto
103 schwerer ist es allerdings, diese in den Alltag zu integrieren. Viele wollen
104 gerne mehr tun, stehen aber vor unüberwindbaren Vereineinbarkeitsproblemen, da
105 die Lehrgänge oft über viele Monate oder sogar Jahre gestreckt stattfinden und
106 so zur Dauerbelastung für Familie und Arbeitgeber werden.

107 Wir wollen deshalb, dass Reserveübungen bei der Bundeswehr und ausführliche
108 Fortbildungen im zivilen Bereich in Zukunft als mehrmonatige
109 Vollzeitfortbildungen angeboten werden. Diejenigen, die ihre Qualifikation für
110 einen Teil des gesamtstaatlichen Krisenmanagements (zivil oder militärisch)
111 durch Übungen in Vollzeit auf ein deutlich höheres Level bringen wollen, sollen
112 dann einen Ausgleich zum Verdienstausschlag bekommen. Damit setzen wir ein
113 Zeichen: wer sich einbringen will, wird dabei aktiv vom Staat unterstützt. Schon
114 heute versuchen viele Unternehmen, entsprechendes Engagement zu unterstützen und
115 reflektieren ihre eigene Rolle in der Krisenvorsorge. Die Unternehmen müssen in
116 Zukunft dann aber auch Wege finde, mehrwöchige oder -monatige Abwesenheiten für
117 Vollzeitfortbildungen zu ermöglichen. Für Selbstständige müssen pragmatische
118 Lösungen bei der Berechnung des Verdienstausschlags gefunden werden.

119 Von der Ukraine lernen

120 Die Ukraine zeigt es: ein Land wird nur effektiv mit Menschen aller
121 Generationen, Geschlechter und Qualifikationen verteidigt. Dem wollen wir mit
122 diesem Ansatz Rechnung tragen. Mit diesen Maßnahmen, so sind wir überzeugt,
123 lässt sich das enorme Potenzial das unsere Gesellschaft hat, um sich zivil und
124 militärisch gegen ein mögliche Aggression zu verteidigen und mit Krisenlagen
125 umzugehen, am schnellsten und effektivsten heben.

126 Wir wollen Frieden und Freiheit schützen und uns vorbereitet verteidigen. Wir
127 sind überzeugt: die Menschen in Deutschland wollen das auch.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Leon Eckert (KV Freising); Robin Wagener (KV Lippe); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Niklas Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Jeanne Dillschneider (KV Saarbrücken); Marcel Emmerich (KV Ulm); Tobias Lindner (KV Germersheim); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Anja Seiffert (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jasmina Perske (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Rebecca Lenhard (KV Nürnberg-Stadt); Jamila Schäfer (KV München); Peter Heilrath (KV München); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Sandra Detzer (KV Ludwigsburg); Anton Hofreiter (KV München-Land); sowie 72 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.